



# Newsletter No. 101

## Juni/Juli 2019

### Nachrichten und Meinungen

#### Die Europawahl - Eine schwere Niederlage

Die Wahlen zum Europaparlament waren für uns eine desaströse Niederlage. Gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahlen verloren wir weitere 5 % und gegenüber der Europawahl vor fünf Jahren gingen 12 % verloren. Die SPD landete hinter den Grünen auf dem dritten Platz. Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen gab es ebenfalls starke Verluste: Zum ersten Mal wurde die SPD in Bremen nicht mehr stärkste Partei. Auch bei den Kommunalwahlen in einigen Bundesländern sind Verluste zu beklagen. Beide Wahlen zum Amt des Bürgermeisters in Stade und in Apensen gingen verloren. Sicherlich gab es lokale Besonderheiten, die zu Verlusten geführt haben. Entscheidend war jedoch der Trend auf der Bundesebene, der verstärkt durch die unglückselige Affäre um den Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen nur nach unten führte. Was war die Ursache für das Wahldesaster am 26. Mai?

Eine Ursache war sicherlich die ganze Affäre Maaßen, bei der die Parteispitze kein gutes Bild abgab. Diese Fehler, so gravierend sie gewesen sein mögen, erklären aber nicht die Verluste. Auch an den Personen, die zur Wahl standen, kann es nicht gelegen haben: Katharina Barley als Spitzenkandidatin hat als Ministerin in Berlin gute Arbeit geleistet und sich mit erheblichen Einsatz in den Wahlkampf eingebracht. Die Ursachen müssen weit tiefer liegen.

Die SPD hatte sich nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im September 2017 vorgenommen, sich inhaltlich neu zu orientieren. Dies ist ihr bislang noch nicht glaubhaft gelungen. Zwar konnten im Koalitionsvertrag eine Reihe von sozialdemokratischen Forderungen als Ziele festgeschrieben werden und es konnten sogar einige Ziele schon umgesetzt werden, aber dies reichte den Bürgerinnen und Bürgern nicht aus, bei der SPD ein Kreuz zu machen. Die Aktivitäten der SPD wurden nur als kleinteilige Reparaturen von sozialen Härten wahrgenommen. Eine Antwort auf die drängenden großen Probleme der Zukunft wurden uns nicht mehr zugetraut.

Zwei große Themenbereiche stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Der Klimawandel und die Folgen der Digitalisierung. Zu beiden Themen gab es von der SPD keine überzeugenden

Angebote zur Problemlösung. Der Klimaschutz wird im Wahlprogramm nur mehr als eine von vielen Aufgaben mit behandelt. Dass es eine zentrale Aufgabe ist, kam nicht vor und sollte auch nicht vermittelt werden. Ähnlich steht es um die Aussagen zur Digitalisierung.

Der Klimaschutz als Aufgabe für die nächsten Jahre hätte ein viel stärkeres Gewicht bekommen müssen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind durch den heißen und trockenen Sommer 2018 aufgeschreckt und sehen, dass sich etwas zum Nachteil zu entwickeln droht. Die Aktionen der Initiative "Friday for Future" haben die Aufmerksamkeit für die Belange des Klimaschutzes deutlich erhöht: Demonstrieren doch die Kinder für ihre Zukunft und ihr Überleben und welche Eltern würden sich diesem Anliegen verschließen. Die Bedeutung dieses Themas für die Gesellschaft nicht gesehen zu haben, ist ein schwerer Fehler gewesen.

Wir müssen jetzt intensiv daran arbeiten, für das große Thema Klimaschutz überzeugende Antworten zu geben, die uns als Partei ausweisen, welche auch morgen unser Land gestalten kann. Wir brauchen einen fundamentalen Strukturwandel in unserer Wirtschaft und Gesellschaft und es ist besser, ihn zu gestalten als zu erleiden: Es müssten Politiker auch den Mut haben, den Bürgern zu sagen, dass Klimaschutz auch mit Verzicht verbunden ist. Wir müssen so schnell wie möglich Abschied nehmen von der Nutzung fossiler Energiequellen und umsteigen auf die regenerativer Energien. Es werden zwar einerseits Arbeitsplätze verloren gehen, aber es werden auch viele neue Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen entstehen. Umbrüche und Strukturwandel gab es in der Vergangenheit sehr häufig. Wer an veralteten Methoden und Strukturen festhielt und sich nicht anpasste, ging mit unter.

Die Digitalisierung und ihre Folgen sind genauso ein Thema der Zukunftsbewältigung. Gesellschaft und Arbeitswelt werden sich erheblich wandeln und viele Menschen entwickeln Ängste vor den Folgen: "Wo kann ich noch arbeiten, wenn Maschinen und Roboter die Arbeit verrichten?" Die Antwort sollte nicht nur in einem bedingungslosen Grundeinkommen gesehen

werden, mit dem die Betroffenen beruhigt werden sollen. Eine neue Bestimmung von Arbeit für alle ist notwendig.

In den nächsten Monaten wird sich die SPD eine neue Parteispitze wählen. Alles deutet darauf hin, dass die Mitglieder das entscheidende Votum

abgeben werden. Wir sollten bei der Auswahl unseres Führungspersonals darauf achten, wie sie den inhaltlichen Erneuerungsprozess vorantreiben können. Die Erarbeitung von überzeugenden Antworten zu den oben genannten Themen wird für die Zukunft der SPD entscheidend sein. (UL)

### **Der neue Vorstand von 60plus**

Die Vorstandswahlen der AG 60plus standen im Mittelpunkt der Versammlung im Juni. Die Vorsitzende Elke berichtete kurz über die Aktivitäten der AG in den vergangenen zwei Jahren. Vor Beginn der Versammlung wurde der Verstorbenen gedacht, besonders erwähnt wurde Gerd Feindt, ein langjähriges Mitglied des Vorstands der AG 60plus. Nicht wieder zur Wahl traten Eva und Hans-Jörn Jentzsch und Siegfried Pawlitz an.



Elke dankte ihnen für die gute Zusammenarbeit im Vorstand. Die Wahlen fanden dann unter bewährter Leitung von Heino Baumgarten statt. Elke wurde einstimmig zur Vorsitzenden wiedergewählt. Als Stellvertreter wiedergewählt wurden Helmut Knoefel und Uwe Lampe. Neugewählt in den Vorstand wurden Annette und Wolfgang Gutsfeld und Wolfgang Wölken. (UL)

### **Der Vorstand von 60plus:**

**Von rechts nach links:**

**Wolfgang Wölken,  
Elke Schneider-Höffelmann,  
Helmut Knoefel,  
Annette Gutsfeld,  
Uwe Lampe,  
Wolfgang Gutsfeld**

### **Halbzeitbilanz der Ratsfraktion**

Die Vorsitzende der Ratsfraktion, Astrid Bade, berichtete über die Aufgaben und Probleme im Rat in den vergangenen 30 Monaten.

Grundsätzlich merkte sie an, dass durch die große Zahl von Anfragen, insbesondere von Seiten der Grünen und der AfD, die Arbeit von Verwaltung und Rat deutlich erschwert und sogar behindert würde.

Die Wahl 2016 hat zum Verlust von 3 Ratsmandaten geführt. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der zugewählten Mitglieder in den Fachausschüssen der SPD von 2 auf 1 sank und die Zahl der Ratsmitglieder von 4 auf 3. Dies brachte Einschränkungen für die Arbeit der Fraktion mit sich. Nach den grundsätzlichen Vorbemerkungen erläuterte Astrid die wichtigsten Anliegen. Der Haushalt der Stadt habe sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Rücklage sei stetig gewachsen und darüber hinaus konnte eine Darlehenssondertilgung vorgenommen werden. Auch das Problem Straßenausbausatzung konnte gelöst werden: Sie wurde abgeschafft. Zum Auffüllen der entstehenden Finanzierungslücke wurde die Grundsteuer B von 385 auf 45 Punkte erhöht.

Ein wichtiges Projekt der Stadtentwicklung sei die Verabschiedung des Bebauungsplans für das Gebiet Gieselbertstraße. Die Erschließungsarbeiten würden 2019 beginnen, die ersten Baumaßnahmen seien für 2020 vorgesehen. Das vorliegende Radwegekonzept würde weiter umgesetzt. Große Investitionen seien weiterhin für die Schulen geplant. Das Museum würde wie geplant erweitert und eine Neueröffnung sei für 2020 geplant.

Im Sozialbereich führte sie besonders an, dass die Stadt die Förderung des Bundes für Kindertagesstätten und –krippen voll nutze.

Ärgerlich sei, dass aufgrund der falschen Berechnungen des NLWKN als Grundlage der Planungen für den Hochwasserschutz in Buxtehude diese unbrauchbar geworden seien. Der Hochwasserschutz werde jetzt mit anderen Maßnahmen umgesetzt, benötige aber jetzt deutlich mehr Zeit. (UL)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Diese entspricht nicht unbedingt derjenigen des Ortsvereins-Vorstandes. Beiträge (erwünscht) und Themenvorschläge bitte an: Dr. Uwe Lampe, Beim Kloster Dohren 13, 21614 Buxtehude, Tel.: 04161/80125, e-Mail: [dr\\_uwe\\_lampe@yahoo.de](mailto:dr_uwe_lampe@yahoo.de)